

Sozialberichterstattung in Arbeit - Arbeit in der Sozialberichterstattung: Arbeit in der Sozialberichterstattung

Bartelheimer, Peter; Kratzer, Nick

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bartelheimer, P., & Kratzer, N. (1998). Sozialberichterstattung in Arbeit - Arbeit in der Sozialberichterstattung: Arbeit in der Sozialberichterstattung. In *Jahrbuch sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung : Sonderband: Beobachtungsfeld Arbeit* (S. 65-93). Berlin: Ed. Sigma. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-237490>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Sozialberichterstattung in Arbeit – Arbeit in der Sozialberichterstattung

Peter Bartelheimer, Nick Kratzer

IfS Frankfurt/M., ISF München

1. Probleme einer integrierten Sozialberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland

1.1 Sozialberichterstattung als Berichtssystem

Eine der Formen, in denen sich moderne Gesellschaften über ihre Lage und ihre Probleme Rechenschaft ablegen, und nicht die schlechteste, ist die Entwicklung von Berichtssystemen. Der Aufbau eines Berichtssystems ist wesentlich anspruchsvoller als die wissenschaftliche Beratung von Politikern und anderen „Entscheidern“ oder „Multiplikatoren“ mittels einzelner Berichte, Gutachten und Enquête-Kommissionen. Berichtssysteme sind synthetisch und auf regelmäßige Beobachtung angelegt. Eine Methodik zur regelmäßigen und langfristigen Beobachtung bestimmter Felder gesellschaftlicher Entwicklung kann daher auch nur Ergebnis vieler analytischer Einzeluntersuchungen sein, die in einem längeren fachöffentlichen Aushandlungsprozeß zu einer „Gesamtdiagnose der voranschreitenden Entwicklungen“ zusammengesetzt werden (vgl. Kaufmann in diesem Band).

Diese Aushandlung kann keine wissenschaftsinterne Angelegenheit bleiben. Sie hat stets auch eine wertrationale Seite, die „Auftraggeber“ und „Anwender“ inhaltlich einbezieht. Schon die regelmäßige quantitative Beschreibung sozialer Massenphänomene setzt einen Konsens zwischen Wissenschaftlern, amtlichen Statistikern und politischen Instanzen darüber voraus, was wie gezählt werden soll. Berichtssysteme sind daher weder erkenntnistheoretisch unschuldig noch unpolitisch. Sie drücken immer auch symbolisch aus, was derzeit als positive Qualität gesellschaftlicher Entwicklung und was als staatlich zu bearbeitendes Problem anerkannt ist. Einmal institutionalisiert, liefern sie der Politik Zielgrößen und allen Gruppen der Gesellschaft Ideenmaterial zur Selbstdeutung. Kurz: sie strukturieren gesellschaftliche Wahrnehmung.

Das in diesem Sinne „erfolgreichste“ Berichtssystem ist bis dato die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR). Begriffe wie Wertschöpfung, Sozialprodukt, Preissteigerungsrate, Staatsquote sind als wissenschaftliche Konzepte über die Politik in die amtliche Statistik und von dort in den allgemeinen Sprachgebrauch eingegangen. Die Selbstverständlichkeit, mit der diese Begriffe heute selbst alltagssprachlich verwendet werden, macht vergessen, daß sie auf hoch strittigen theoretischen Voraussetzungen fußen und erst in einem langen Prozeß der politischen und gesetzlichen Institutionalisierung, der etwa von Ende der 20er bis Ende der 40er Jahre dauerte, Verbindlichkeit erlangten. Solange eine breite Mehrheit in Wissenschaft und Politik über die Problemwahrnehmung Konsens hat, die zu diesen Begriffen und Meßkonzepten geronnen ist, beurteilt die gesamte Gesellschaft ihre wirtschaftliche Entwicklung anhand eben dieser Kennziffern, obwohl nur wenige Fachleute erklären können, was da eigentlich wie gemessen wird, und wo die Grenzen dieser Messung liegen.¹

So zeigt sich heute an der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auch die Kehrseite des Erfolgs integrierter Berichtssysteme: Aufgrund ihrer langer Entwicklungszeiten und ihrer Unbeweglichkeit tendieren sie dazu, Denkmäler vergangener politischer Programme und Gesellschaftsbilder zu werden. Erst wenn neue Krisenerscheinungen ins gesellschaftliche Bewußtsein treten und den zugrunde liegenden Konsens erschüttern, werden scheinbar „objektive“ Meßgrößen wieder strittig gestellt – so im Fall der VGR mit den Bemühungen um eine Umweltgesamtrechnung oder um Indikatoren nachhaltiger Entwicklung.

Daß der regelmäßigen Beobachtung des gesamtwirtschaftlichen Geschehens ein Berichtssystem über gesellschaftliche Wohlfahrt zur Seite gestellt werden muß, war in den 60er Jahren der historische Anknüpfungspunkt für das Programm der Sozialberichterstattung (vgl. Noll in diesem Band).

1.2 Sozialberichterstattung mit und ohne politischen Auftrag

1.2.1 Wissenschaftlich getragene Sozialberichterstattung

Sozialberichterstattung ist seit den 60er Jahren vornehmlich „ein relativ klar umgrenzter Teilbereich der Sozialwissenschaften“ (Noll ebd.). Das Programm einer „Dauerbeobachtung des sozialen Wandels und der Wohlfahrtsentwick-

1 Gewinnen Meßkonzepte ein solches Eigenleben, lassen sie sich sogar von ihrem theoretischen Hintergrund ablösen. Die VGR ist konzeptionell stark durch Keynes' „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ (1936) geprägt, und ihre Kennziffern sollten ursprünglich ursprünglich Planungsgrundlagen für eine „keynesianische“, finanzpolitische Globalsteuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage liefern. Heute dienen sie als Interventionsschwellen für die monetaristisch und angebotstheoretisch begründeten Konvergenzkriterien der 1991 in Maastricht beschlossenen europäischen Währungsunion.

lung“ (Zapf, Habich 1996) wurde in den 60er Jahren zunächst vor allem in den USA und Skandinavien entwickelt. Ziel der Initiativen in der Bundesrepublik, die dieses Programm aufgriffen, war die Institutionalisierung einer wissenschaftsgestützten „sozialen Gesamtrechnung“ (Zapf 1976), die sowohl eine politische Beratungsfunktion als eine gesellschaftliche Aufklärungsfunktion erfüllen würde. Um eine hierfür geeignete Datenbasis zu schaffen, sollten sowohl die amtliche Sozialstatistik als auch die Umfrageforschung ausgebaut werden.

Im Rahmen des SPES-Projektes (Sozialpolitisches Entscheidungs- und Indikatorensystem) und des späteren Sonderforschungsbereichs 3 der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik) an den Universitäten Mannheim und Frankfurt wurden die grundlegenden inhaltlichen und methodischen Konzepte einer wissenschaftlich getragenen Sozialberichterstattung erarbeitet. Im Mittelpunkt steht die Messung objektiver und subjektiver Dimensionen der individuellen Wohlfahrt. „Sozialberichterstattung und Wohlfahrtsmessung (beschreiben) zentrale Funktionen der empirischen Sozialforschung“ (Noll 1982, S. 2).

Die Entwicklung der Wohlfahrt wird an gesellschaftlich „hoch bewerteten“ Zielen gemessen (z.B. Einkommensentwicklung, Beschäftigungssicherheit, Gesundheit u.ä.), ohne daß die Integration dieser Dimension bereits gelungen wäre. „Wohlfahrt“ selbst wird als Kombination objektiver und subjektiver Indikatoren verstanden: In Mikrodaten bildet sich demnach der individuelle „Wohlfahrtsmix“ aus objektiven „Lebensbedingungen“ und subjektivem „Wohlbefinden“ ab.

„Die Sozialberichterstattung hat dabei zunächst die Aufgabe und Funktion, Daten über das *Niveau*, die *Verteilung* und die *Entwicklung* der individuellen Wohlfahrt, der gesamten Lebensverhältnisse der Bürger, zur Verfügung zu stellen. (...) Das Konzept der Dauerbeobachtung des sozialen Wandels impliziert darüber hinaus, daß Erhebungsinstrumente der Sozialberichterstattung regelmäßig aufeinander abgestimmt werden und für Replikationen standardisiert werden, sowie jeweils ein Set von objektiven und subjektiven Indikatoren erhoben wird. Wohlfahrtsrelevante Dimensionen sollten dabei im Mittelpunkt stehen, und die Zielpopulation sollte die Gesamtbevölkerung darstellen“ (Schupp u.a. 1996, S. 13).

So verstanden, will Sozialberichterstattung wohlfahrtsrelevante Dimensionen und sozialen Wandel auf subjektiver und gruppenspezifischer Ebene meßbar machen. Die einzelnen Dimensionen werden dabei anhand von Indikatoren für die individuelle Lage und den gesellschaftlichen Entwicklungsstand erfaßt, mit denen auf einer breiten empirischen Basis gemessen werden soll, was zunächst gar nicht meßbar ist: individuelle oder auch gesellschaftliche Wohlfahrt (vgl.

auch Zapf 1977, S. 17).² Insofern sind sie auch Indikatoren im klassischen Sinn, d.h. eine „Übersetzung“ theoretischer Begriffe in empirische Begriffe (vgl. Schnell u.a. 1989; S. 113, Friedrichs 1980, S. 79f.). Erst dieser Schritt (die „Operationalisierung“) macht ein theoretisches Konstrukt wie „Wohlfahrt“ zu einer empirisch meßbaren Größe, die auf Basis quantitativer, repräsentativer und regelmäßiger (Querschnitt-, Längsschnitt- bzw. Panel-) Befragungen erfaßt und interpretiert werden kann.

Auf der Grundlage dieser Konzeption entstanden eine Reihe von Erhebungsinstrumenten, deren Datenbestände das empirische Grundgerüst der wissenschaftsgetragenen Sozialberichterstattung bilden und darüber hinaus wichtige Informationsquellen für die Sozialwissenschaften insgesamt geworden sind:

- Seit 1978 wurde in Zusammenarbeit der Abteilung Soziale Indikatoren des Mannheimer Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) mit INFRATEST München in mehrjährigen Intervallen (zuletzt 1993) ein Wohlfahrtssurvey durchgeführt. (Zentrale Fragen des Wohlfahrtssurveys wurden für die Folgejahre in anderen Erhebungen repliziert.) Die Wohlfahrtssurveys sind über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung in Köln für Forschungszwecke zugänglich (Zapf/Habich 1996).
- Seit 1980 führt das ZUMA in zweijährigen Abständen eine Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) mit einschlägigen Themenschwerpunkten und (seit 1988) unter Einbeziehung des International Social Survey Programs (ISSP) durch. Die Daten werden gleichfalls über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung aufbereitet, archiviert und weitergegeben (Noll/Habich 1997).
- Seit 1984 erhebt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin als Wiederholungsbefragung das Sozio-ökonomische Panel (SOEP), dem inzwischen in der methodischen Infrastruktur der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften eine Schlüsselstellung zukommt (Zapf u.a. 1996; Hanefeld 1987).

Auswertungen dieser und anderer wissenschaftlicher Statistiken bringen einen steten Strom von Analysen zur Lebenslage bestimmter Bevölkerungsgruppen oder zur Beobachtung sozialer Veränderungen in einzelnen Lebensbereichen

2 Es gibt eine Reihe unterschiedlicher Definitionen dessen, was ein „sozialer Indikator“ ist oder sein kann (vgl. Zapf 1974, insbesondere S. 13ff.): „Festzuhalten bleibt jedoch, daß wir die Entwicklung von Sozialindikatoren nicht einfach als eine beliebige Setzung verstehen. Zwischen Indikator und zu messendem Sachverhalt wird theoretisch-hypothetisch ein Zusammenhang unterstellt, der sich prinzipiell immer als falsch bzw. unbefriedigend erweisen kann“ (Zapf 1977, S. 17).

hervor. Buchveröffentlichungen, die diese Einzeluntersuchungen additiv zusammenfassen (zuletzt: Noll 1997; Zapf/Habich 1996, Zapf u.a. 1996), zeichnen Facetten eines Bilds sozialer Veränderungen sowohl zu einem bestimmten Zeitpunkt (Querschnittbetrachtung) als auch im Zeitablauf (Längsschnittbetrachtung). Ohne politischen Auftrag hat sich jedoch aus diesen analytischen Arbeiten noch kein integriertes Verfahren des „regelmäßigen und umfassenden gesellschaftlichen ‘monitoring’“ entwickelt (Noll 1997). Da wissenschaftlich gestützte Berichtssysteme zu einem respektlosen Umgang mit den Ressortgrenzen und Deutungsmustern der bestehenden politischen Instanzen neigen, vergrößert sich mit den wissenschaftlichen Ambitionen die Kluft zu Politik und Verwaltung, die nur ein bestimmtes Maß an Berichtswesen zu pflegen und zu verarbeiten bereit sind. Umgekehrt erleichtert es das Nebeneinander von Teilberichten mit teilweise konkurrierenden Deutungsmustern politischen „Entscheidern“, in einem erstarrten Feld möglichst vieles beim alten zu lassen.

Neben der wissenschaftlich getragenen Sozialberichterstattung entwickelten sich seit Ende der 70er Jahre eigene Ansätze und Konzepte einer Armuts- und Sozialberichterstattung. Ein erster Armutsbericht für die alte Bundesrepublik – im Auftrag der EU und im Rahmen des ersten „Europäischen Programms von Modellvorhaben und Modellstudien zur Bekämpfung der Armut“ – entstand noch in enger Anbindung an den Sonderforschungsbereich 3 (Hauser u.a. 1981). Spätere Berichte stehen in der für die Bundesrepublik neuen wissenschaftlichen Diskussionslinie der Armutsforschung (Hauser/Neumann 1992). Der gesamtdeutsche Armutsbericht des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands (DPWV) (Hanesch u.a. 1994) beruht auf Sonderauswertungen amtlicher Quellen sowie des SOEP, die west- und ostdeutschen Armutsberichte der Kirchen (Hauser/Hübinger 1993, 1993a, 1995; Caritasverband/Diakonie 1997) auf Erhebungen im Fallbestand von Wohlfahrtsverbänden.

Mit dem seit Anfang der 90er Jahre arbeitenden Forschungsverbund Technikberichterstattung (vgl. Oberbeck in diesem Band) wirft eine weitere Spezialdisziplin der Sozialwissenschaften – die Industrie- und Unternehmenssoziologie – für ihren Bereich die Frage nach einer Dauerbeobachtung gesellschaftlichen Wandels auf.

1.2.2 Politiknahe Sozialberichterstattung

Ihre institutionellen Ziele hat die wissenschaftliche Sozialberichterstattung überwiegend nicht erreicht. Zwar etablierten sich als Grundlage fachpolitischer Planungen eine Reihe spezialisierter Berichtssysteme. Doch eben weil sie nicht auf gemeinsamen Konzepten beruhen, sondern die Perspektive der einzelnen „Säulen“ sozialer Sicherungssysteme einnehmen, für die sie entwickelt wurden,

bleiben sie Stückwerk, jedenfalls gemessen am Programm einer integrierten Sozialberichterstattung mit politischem Auftrag.

„Im Vergleich zu Ländern wie beispielsweise Schweden, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden ist der Grad der Institutionalisierung der Sozialberichterstattung in Deutschland aber nach wie vor eher niedrig. Das Erscheinungsbild (...) ist hier vielmehr durch eine Pluralität von Akteuren, Beiträgen, Konzepten und Formen der Berichterstattung geprägt.“ (Noll 1997, S. 9.)

Der Sozialbericht, den die Bundesregierung in vierjährigen Abständen veröffentlicht (zuletzt: Deutscher Bundestag 1998), hat mit einer amtlichen Sozialberichterstattung nur den Namen gemeinsam. In seinem Textteil stellt die Bundesregierung aus ihrer Sicht die eigenen Maßnahmen und Vorhaben der Gesellschafts- und Sozialpolitik dar. Der statistische Teil weist die Entwicklung der Aufwendungen für Soziales nach und setzt diese zu den Einkommensaggregaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) in Bezug. Die Adressaten sozialer Leistungen kommen in ihm ebensowenig vor wie sozialpolitische Qualitätsziele und Wirkungsanalysen oder Angaben zur Entwicklung sozialer Risiken.

Als Teil des Berichtswesens einzelner Fachressorts der Bundesregierung etablierten sich in den 60er und 70er Jahren auf Bundesebene eine Reihe von Spezialberichten. Seit 1965 erscheinen fast in jeder Wahlperiode Jugendberichte, die seit 1991 im Kinder- und Jugendhilfegesetz auch eine gesetzliche Grundlage haben (zuletzt: Deutscher Bundestag 1994b). In größeren Abständen entstehen Familienberichte (zuletzt: Deutscher Bundestag 1994a) und Seniorenberichte. Im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung (BMA) erstellt Infratest seit den 80er Jahren in größeren Abständen einen Alterssicherungsbericht (ASiD), der auf einer speziell hierfür konzipierten Repräsentativerhebung unter der Bevölkerung ab 55 Jahren beruht (zuletzt: Infratest 1997). Bei diesen Berichten handelt es sich meist um wissenschaftliche Arbeiten unabhängiger Sachverständigenkommissionen, die dem Bundestag in der Regel zusammen mit einer Stellungnahme der Bundesregierung zur Beratung vorgelegt werden. Andere Berichte wie der Wohngeld- und Mietenbericht (zuletzt: Deutscher Bundestag 1998a) werden von den Fachressorts nach politischen und verwaltungsinternen Vorgaben selbst erstellt. Im Auftrag der Bundesministerien für Gesundheit (BMG) und Forschung (BMBF) entwickelt ein Arbeitskreis des Statistischen Bundesamts derzeit Grundlagen einer integrierten Gesundheitsberichterstattung (Brückner 1997). In einigen Bundesländern wurde in den letzten Jahren dieses Berichtsziel auch von der Landesgesetzgebung aufgegriffen.

In dieser Landschaft spezialisierter Teilberichte nimmt die amtliche Arbeitsmarktberichterstattung aufgrund ihres Umfangs, ihrer Bedeutung und der Form ihrer Institutionalisierung eine Sonderstellung ein. Im Zuge der sozialstaatlichen

Regulierung abhängiger Erwerbsarbeit entstand ein Berichtssystem der Arbeitsverwaltung, das auf durch Gesetze und Verordnungen normierten Daten des Verwaltungsvollzugs beruht. Bundesweit erscheinen monatliche Statistiken (Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA)) und jährliche Berichtsbände (Arbeitsmarktanalyse für die alten und die neuen Bundesländer, Arbeitsstatistik – Jahreszahlen, Arbeitsmarkt – Strukturanalyse), die diesen Datenbestand auswerten. Die Bundesanstalt für Arbeit wurde nicht nur zum quantitativ wichtigsten Lieferanten von Verwaltungsdaten für die Bundesstatistik. Ihre „dialogische“ Struktur (drittelparitätisch zusammengesetzte Selbstverwaltungsorgane) und die Existenz eines eigenen Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) mit seinen Spiegelreferaten in den Landesarbeitsämtern begünstigten das Entstehen einer eigenen Fachöffentlichkeit und ermöglichen eine für amtliche Berichtssysteme relativ große Autonomie gegenüber politischen Vorgaben. So kann das IAB den Bestand prozeßproduzierter Daten (Geschäftsstatistiken) gezielt um Umfragedaten erweitern und beide Datenquellen unter neuen wissenschaftlichen Fragestellungen auswerten, solange diese Arbeiten sich im Rahmen des fachlichen Konsenses der verschiedenen Akteure der Arbeitsverwaltung bewegen (vgl. u.a. Bellmann/Dostal in diesem Band).

Die Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Länder (ASMK) hat seit 1988 mehrere Empfehlungen zur Verbesserung der Sozialberichterstattung des Bundes abgegeben (Klatt 1997, S. 166). Der Forderung nach Entwicklung einer Armuts-, Reichtums- oder Sozialberichterstattung hat die Bundesregierung jedoch wiederholt eine Absage erteilt: Sie verspricht sich von der Institutionalisierung eines solchen Berichtssystems „kein(en) substantiellen Zugewinn an Informationen“ (Deutscher Bundestag, nach: Klatt 1997, S. 169). Inzwischen gibt eine wachsende Zahl von Bundesländern eigene Sozialberichte in Auftrag.

Zusätzlich zu den Aufgaben, durch Planung und öffentliche Infrastruktur zum sozialen Ausgleich beizutragen und spezialisierte psychosoziale Hilfen anzubieten, wachsen den Kommunen aufgrund von Schließungstendenzen und Regelungslücken in den vorgelagerten Systemen sozialer Sicherung immer mehr Aufgaben der steuerfinanzierten wirtschaftlichen Grundsicherung zu, die lokale Sozialpolitik fiskalisch und konzeptionell zu überfordern drohen. Mit dem örtlichen Problemdruck wächst der Bedarf nach Sozialplanung und Sozialberichterstattung. Die größte Aktivität beim Aufbau einer politiknahen Armuts- bzw. Sozialberichterstattung entwickelten daher bislang die Städte und Landkreise. Die thematische Reichweite der Berichterstattung und die zugrunde liegenden Konzepte sind Gegenstand örtlicher Aushandlungs- und Vermittlungsprozesse, während die Vergewisserung über Konzepte und Methoden kleinen fachlichen Netzwerken der damit befaßten Planer und Sozialwissenschaftler überlassen bleibt (VSOP 1994 und 1996; DIFU 1995; VSOP/PROSOZ 1998). So weist die lokale Berichterstattung, die teils von den örtliche Sozialverwal-

tungen selbst, teils von wissenschaftlichen Instituten besorgt wird, naturgemäß eine große Formenvielfalt auf.

1.2.3 Amtliche und wissenschaftliche Statistik

Die Datenbestände, auf die sich die verschiedenen Akteure von Sozialberichterstattung in der Bundesrepublik stützen, sind so wenig integriert wie die verschiedenen Berichtskonzepte. Die wissenschaftlich getragene Sozialberichterstattung hat sich mit ihren Erhebungen von der sekundärstatistischen Auswertung der Daten unabhängig gemacht, die von der amtlichen Statistik, von Sozialversicherungsträgern sowie sozialen Ämtern und Einrichtungen im Vollzug ihrer Aufgaben in großem Umfang erhoben, aber nur teilweise für Berichte und Planung aufgeschlossen werden. Die spezialisierten amtlichen oder politiknahen Berichtssysteme können sich diese Abstinenz nicht leisten. Da ihnen aber ein fachlicher und politischen Konsens über Reichweite und Standards eines Berichtssystems fehlt, geht von ihnen kein hinreichender „Nachfrage- druck“ auf die gesetzliche Statistik und auf die Prozeßdaten (Geschäftsstatistiken) der Verwaltung aus. Es ist bezeichnend, daß sich die „methodische Optimierung“ der amtlichen Statistik im 3. Statistikbereinigungsgesetz von 1997 und die deutsche Mitarbeit im Ausschuß für das statistische Programm der Europäischen Union vor allem an der Vorgabe des Sachverständigenrats „Schlanker Staat“ orientiert und das Ziel verfolgt, „die Kosten der Statistikproduktion zu senken und insbesondere die Wirtschaft zu entlasten“ (Hahlen 1998). Daß die Ergebnisse der Bundes-, Landes- und Städtestatistiken zu wenig auf die systematische Dauerbeobachtung gesellschaftlicher Entwicklungen ausgerichtet, für die Fragestellungen von Sozialberichterstattung oft wenig aussagekräftig und untereinander oft nicht sinnvoll verknüpfbar sind, scheint nicht zu den Qualitätszielen zu gehören, die mit der Neuordnung der amtlichen Statistik verfolgt werden.

Auch wenn in anderen Ländern Einrichtungen der amtlichen Statistik eine wesentlich zentralere Rolle für die Sozialberichterstattung spielen als in der Bundesrepublik (ebd. S. 9), so übernehmen der Datenreport des Statistischen Bundesamts und der Mikrozensus immer stärker eine Brückenfunktion zwischen der amtlichen und der wissenschaftlichen Datenbasis.

Der Datenreport, den das Statistische Bundesamt seit 1985 in Zusammenarbeit mit den genannten Instituten in mehrjährigen Abständen herausgibt, dokumentiert Ergebnisse der wissenschaftlichen Sozialberichterstattung zusammen mit denen der amtlichen Statistik in Form eines systematischen Kompendiums (zuletzt: Statistisches Bundesamt 1997). Zwar ließe sich die Gliederung des Datenreports optimistisch als „halbamtlicher“ Vorschlag für ein Berichtssystem

deuten. Doch der Datenreport leistet noch keine konzeptionelle Integration der verschiedenen Beiträge.

„Beschränkungen resultieren vor allem daraus, daß die Bestandsaufnahmen von amtlicher Statistik und empirischer Sozialforschung bisher noch nicht zu einem einheitlichen, die objektiven Lebensbedingungen und die subjektiv wahrgenommene Lebensqualität insgesamt bilanzierenden und evaluierenden Sozialbericht zusammengefügt und integriert worden sind.“ (Noll 1997, S. 11.)

Die amtliche Statistik bleibt im Datenreport weitgehend für die „objektiven“ Indikatoren zuständig, während die wissenschaftlichen Institute Umfragedaten zu subjektiven Indikatoren von Lebensqualität beisteuern. Eine wichtige Ausnahme von dieser problematischen Arbeitsteilung stellt die Berechnung von Quoten relativer Einkommensarmut auf Basis des SOEP dar.

Der jährliche Mikrozensus des Statistischen Bundesamts ist eine Mehrzweckstichprobe von – je nach Merkmalsbereich – 0,5% bis 1% der Bevölkerung, der neben dem Kernbereich der Erwerbsbeteiligung, Arbeitsuche und Erwerbstätigkeit Fragen zur sozialen Absicherung, den Quellen des Lebensunterhalts, dem Bildungsstatus, der Wohnsituation und dem Gesundheitsstatus umfaßt. Auf veränderten Datenbedarf oder veränderte gesellschaftliche Verhältnisse, die neue Erhebungskonzepte erfordern, kann die amtliche Statistik am flexibelsten durch Änderungen im Frageprogramm des Mikrozensus reagieren (zuletzt im Mikrozensusgesetz 1996). Andere amtliche Statistiken nutzen den Stichprobenplan und die Erhebungsorganisation des Mikrozensus. Vor allem aber dienen die Eckdaten des Mikrozensus anderen amtlichen Statistiken und wissenschaftlichen Erhebungen als Kontroll- oder Hochrechnungsgrößen (Emmerling/Riede 1998).

1.2.4 Internationale Impulse zu einer integrierten Sozialberichterstattung

Neue politische Impulse für eine integrierten Sozialberichterstattung gehen in den letzten Jahren von der internationalen bzw. der europäischen Ebene aus.

Mehr Widerhall als in vielen Einzelstaaten fand das Programm der Sozialberichterstattung bei den Vereinten Nationen. 1963 rief das UN-Generalsekretariat ein Institut zur Erforschung der sozialen Entwicklung (UNRISD) ins Leben. Seit 1990 veröffentlicht die UN-Entwicklungsagentur UNDP einen jährlichen Human Development Report, für den Einzelindikatoren zu verschiedenen Entwicklungs- bzw. Armutsindizes aggregiert werden (Human Development Index, Human Poverty Index, Public Expenditure and Aid Ratios, Gender-related Development Index, Gender Empowerment Measure, vgl. UNDP 1998; UNRISD 1998).

Die als Agenda 21 bekannt gewordene Schlußerklärung der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) sieht in Kapitel 40 eine Verständi-

gung auf Indikatoren nachhaltiger Entwicklung vor, um weltweit die politischen Planungs- und Entscheidungsgrundlagen zu verbessern (BMU o.J.). Mit welchen Kennziffern (Indikatoren) man den Ist-Zustand von Ländern, Regionen oder Kommunen beschreiben und Handlungsbedarf bzw. Fortschritt in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung messen kann, ist seither Gegenstand verschiedener Berichtsansätze und Studien (Rennings 1994; ICLEI 1996; Müller-Christ 1997; Diefenbacher u.a. 1997).

Das Schlußdokument des Weltsozialgipfels in Kopenhagen (1995) empfiehlt den Teilnehmerstaaten, nationale Armutsbekämpfungsprogramme auf geeignete Formen der Sozialberichterstattung zu stützen. Ausdrücklich nennt das Kopenhagener Aktionsprogramm (UN 1995) als Elemente eines solchen Berichtssystems

- eine Stärkung der Arbeitsmarktinformationssysteme unter Berücksichtigung von Arbeitsverhältnissen außerhalb des „formellen Arbeitsmarkts“ (Zi. 53i),
- eine Analyse und Bewertung makro- und mikroökonomischer sowie sektoraler Politik und ihrer Auswirkungen auf Armut, Beschäftigung, soziale Integration und soziale Entwicklung (Zi. 83a),
- eine Einschätzung des Ausmaßes, der Verteilung und der Merkmale von Armut, Arbeitslosigkeit, sozialen Spannungen und sozialem Ausschluß (Zi. 83c),
- die Entwicklung quantitativer wie qualitativer Indikatoren sozialer Entwicklung, möglichst nach Geschlecht unterschieden, um Armut, Beschäftigung, soziale Integration und andere soziale Faktoren zu bewerten, die Wirkungen sozialpolitischer Programme zu überwachen, und neue, wirksamere Programme zu entwickeln (Zi. 83h).

Das von Jacques Delors verantwortete Weißbuch der Europäischen Union zu Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (Europäische Kommission 1993) setzt in seinem zehnten Kapitel die Frage nach einem neuen Entwicklungsmodell auf die politische Tagesordnung der Europäischen Union. In diesem Zusammenhang hinterfragt es die derzeit gebräuchlichen Zielgrößen wirtschaftlicher Entwicklung, die angesichts eines zu geringen Einsatzes des Faktors Arbeit und eines übermäßigen Einsatzes von Umweltressourcen „zu einem immer größeren Teil Scheinfortschritte messen“.

Die im Weißbuch von 1993 neu aufgeworfene Frage nach einem „Plan für eine Gesellschaft, die zu einer höheren Lebensqualität führt“, findet ihre Entsprechung in eigenen Forschungsschwerpunkten des (laufenden) 4. und (geplanten) 5. Rahmenprogramms für die EU-Forschungsförderung (vgl. Ziegler in diesem Band). Eine internationale Wissenschaftlergruppe hat der Kommission ein Memorandum für ein wissenschaftliches System der sozioökonomischen

Berichterstattung für Europa vorgelegt. Parallel dazu begann das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (EUROSTAT) 1995 ein Projekt „European Social Indicators“, als dessen erstes Ergebnis ein Handbuch mit 78 ausgewählten Indikatoren zu Lebensbedingungen in den EU-Mitgliedsstaaten erschienen ist (EUROSTAT 1998). Aus Mitteln der sozioökonomischen Schwerpunktforchung (TSER) des 4. Rahmenprogramms wird seit 1998 ein europäisches Netzwerk zur Wohlfahrtsberichterstattung gefördert (Europäische Kommission 1997). Der Entwurf des 5. Rahmenprogramms sieht ein „horizontales Programm“ zur „Verbesserung des menschlichen Potentials“ vor, das sozioökonomische Forschung stärker für gesellschaftliche Bedürfnisse und insbesondere für die Entwicklung einer Wissensgrundlage zum besseren Verständnis sozialer und wirtschaftlicher Schlüsselthemen in die Pflicht nehmen soll (Europäische Kommission 1998).

1.3 Sozialberichterstattung im Übergang zu einer veränderten gesellschaftlichen Konstellation

1.3.1 Wohlfahrtsprobleme unter Wachstumsbedingungen

Als gegen Ende der 60er und zu Anfang der 70er Jahre das Programm der Sozialberichterstattung konzipiert wurde, herrschte ein ausgesprochener oder unausgesprochener Konsens darüber, daß gesamtwirtschaftliches Wachstum Einkommenszuwächse, den Aufbau einer sozialen Infrastruktur und den Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen relativ konfliktfrei sichern würde. Der Arbeitsmarkt mit seinem wachsenden Angebot an sozialstaatlich flankierter Erwerbsarbeit galt als der zentrale Ort gelingender gesellschaftlicher Integration.

Die wissenschaftliche Sozialberichterstattung wollte Fortschritte auf dem Weg einer Angleichung objektiver Lebensbedingungen nachzeichnen und darauf aufmerksam machen, daß sich diese materiellen Erfolge nicht bruchlos in erhöhtes subjektives Wohlbefinden umsetzen lassen. Der Zentralbegriff dieses Forschungsprogramms war der „soziale Wandel“, der zugleich Chancen und Risiken birgt. Ihm lag der theoretische Optimismus der Modernisierungstheorie zugrunde, die gesellschaftliche Entwicklung werde von bürgerlichen zu politischen und sozialen Grundrechten voranschreiten (Parsons 1967; Marshall 1992; Zapf/Habich 1996; kritisch: Müller 1991). Die vorherrschenden „Stadienmodelle“ gesellschaftliche Entwicklung unterschieden sich vor allem darin, ob sie diesen erwarteten Fortschritt eher aus funktionellen Erfordernissen moderner Gesellschaften oder aus reformpolitischen Kämpfen erklärten:

„Dabei folgen diese Entwicklungsprozesse keinem evolutionären Determinismus, sondern sind zu verstehen als Kampf von Reformern und Innovatoren gegen Beharrung und Widerstand. Retrospektiv ergibt sich aus Fortschritten und

Rückschlägen ein Muster 'langer Wellen' mit ansteigendem Niveau.“ (Schupp u.a. 1996, S. 11f.)

Gegenstand der Sozialberichterstattung sollten also Wohlfahrtsprobleme unter Wachstumsbedingungen sein. Dieses wissenschaftliche Programm fand seine Entsprechung in einer Ausdifferenzierung fachpolitischer Instrumente, die unter der Annahme stabiler gesellschaftlicher Basisinstitutionen Individuen und Gruppen bei der Bewältigung des sozialen Wandels unterstützen sollten. Die Reformpolitik, auf deren Beratung und Begleitung Sozialberichterstattung zielte, hielt die großen gesellschaftlichen Risiken der materiellen Existenz für bewältigt und wollte sich auf dieser gesicherten Grundlage gesellschaftspolitischen „Offensivzielen“ zuwenden. Programmatische Stichworte hierfür waren „qualitatives Wachstum“ und „Lebensqualität“.

Die in dieser Erwartung entstandene bunte Berichtslandschaft ist das Ergebnis einer teilweisen Institutionalisierung ohne ausdrücklichen politischen Auftrag. Sozialberichterstattung blieb in Deutschland – um mit Fontane zu sprechen – „ein weites Feld“. Das Entstehen spezialisierter Berichtssysteme in den 70er Jahren läßt sich auch als Zerlegung der – scheinbar gelösten – „sozialen Frage“ in viele besondere „sozialen Fragen“ deuten, die aus damaliger Sicht einzeln angegangen werden konnten.³ Auch das Verbundvorhaben sozialwissenschaftlicher Technikberichterstattung als gemeinsames Projekt empirischer Forschung (vgl. Oberbeck in diesem Band) ist Ergebnis einer solchen Spezialisierung.

1.3.2 Sozialer Wandel oder soziale Ungleichheit?

Doch in den letzten 20 Jahren hat sich unter dem Eindruck wachsender Massenarbeitslosigkeit, im Deutschland der 90er Jahre verschärft durch das anhaltende Ost-West-Gefälle der neu vereinigten Republik, der gesellschaftliche Erwartungshorizont einer Angleichung der materiellen Lebensverhältnisse und Lebenschancen verflüchtigt. Politik und Sozialwissenschaften stellen sich erneut auf dauerhafte Verhältnisse sozialer Ungleichheit und Spaltung ein. An die Stelle einer Politik der Integration und Vereinheitlichung der Gesellschaft vom Zentrum des Arbeitsmarkts her („politiques d'intégration“) tritt eine Politik der Wiedereingliederung („politiques d'insertion“), die darauf abzielt, den wachsenden Abstand benachteiligter Gruppen zu den Normalitätsannahmen der Wachstumsjahrzehnte zu überbrücken (Castel 1995, S. 418ff.). Überwunden geglaubte

3 „Entweder gibt es (...) bloß besondere 'soziale Probleme', eine Vielzahl einzeln anzugehender Schwierigkeiten, oder es gibt doch eine soziale Frage, nämlich die des Lohnarbeitsstatus, weil die Lohnarbeit strukturbestimmend für fast unsere ganze Gesellschaftsformation geworden ist“ (Castel 1995, S. 385, eigene Übersetzung).

Formen gesellschaftlicher Spaltung werden derzeit wiederentdeckt: die Rede ist vom Entstehen einer ökonomisch „überflüssigen“ Armutsbevölkerung oder „neuen Unterklasse“ (zusammenfassend: Kronauer 1997). Die stark spezialisierten „Säulen“ des bundesdeutschen Sozialstaatsmodells, das vor allem auf Absicherung eines am Arbeitsmarkt erworbenen Lebensstandards zielte und bedarfsorientierte, steuerfinanzierte Mindestsicherungen nur im Ausnahmefall vorsah, können diese Spaltungstendenzen kaum aufhalten. Die „Spaltung des Sozialstaats“ (Leibfried/Tennstedt 1985) in einen Sozialversicherungsstaat zur Flankierung „normaler“ Erwerbsarbeitsverhältnisse und einen Sozialhilfestaat für prekär Erwerbstätige oder Erwerbslose droht diese Polarisierung sogar zu vertiefen. Zugleich zersetzt sich der normative Konsens darüber, daß eine Politik des sozialen Ausgleichs notwendig sei.

Seit Anfang der 80er Jahre ist unverkennbar, daß sich die Gesellschaft aus dem labilen Gleichgewichtszustand der 50er bis 70er Jahre herausbewegt, den die angelsächsische Literatur als „Golden Age“, die französische als „les trentes glorieuses“ beschreibt (Hobsbawm 1995; Castel 1995). Daß die grundlegenden Modernisierungsannahmen damit in Frage gestellt sind, muß mit einer gewissen Zeitverzögerung für jede Sparte der Sozialwissenschaften Konsequenzen haben, so auch für die Bemühungen um Sozialberichterstattung.

Wie sehr jedoch das Programm der Sozialberichterstattung in Wissenschaft und Politik noch mit Wachstums- und Wohlstandsproblemen identifiziert wird, zeigt sich schon darin, daß sich ab Mitte der 80er Jahre die Armutsforschung ihr gegenüber als Zweig der Sozialwissenschaften verselbständigt und mit einem eigenen Programm der Armut- bzw. Reichtumsberichterstattung ihrerseits beansprucht hat, über den spezialisierten fachpolitischen Berichtssystemen ein umfassendes, konsistentes Berichtssystem zum „untersten Segment der Gesellschaft“ (Hauser 1998) bzw. zu Verhältnissen sozialer Ungleichheit zu etablieren. Ihr treten in den letzten Jahren Ansätze einer Reichtumsberichterstattung zur Seite (Huster 1993, 1996; Eißel 1996, polemisch: Busch u.a. 1998). Damit treten für viele Akteure der wissenschaftlich getragenen Sozialberichterstattung Armut, Reichtum und Ungleichheit als integrierende Fragestellungen an die Stelle des optimistisch schillernden „sozialen Wandels“.

1.3.3 Massendaten in alten Kategorienflaschen?

Befindet sich der Gegenstandsbereich der Sozialberichterstattung im Zustand grundlegender Veränderung, so gerät deren Konzeption in zweierlei Hinsicht unter Veränderungsdruck: *Erstens* ist durch die Anforderung der „Replikationsfähigkeit“ eine Anpassung des Variablensets nur begrenzt möglich bzw. nur dann, wenn die Möglichkeit, sozialen Wandel im Vergleich derselben Indikatoren über die Zeit zu erfassen, zugleich deutlich eingeschränkt wird. *Zweitens*

– und das ist weitaus entscheidender – stellt sich die Frage, ob das, was die Indikatoren messen sollen, auch tatsächlich weiterhin gemessen wird. Dies ist nur dann der Fall, wenn eine gewisse „Stabilität“ des theoretischen Konstrukts und in der Folge auch seiner Operationalisierung unterstellt werden kann. In diesem Fall wird sozialer Wandel durch eine Veränderung nicht der Indikatoren selbst, sondern ihrer jeweiligen „Besetzung“ bzw. ihrer „Beziehung“ zu anderen Indikatoren meßbar. So etwa, wenn im Zuge der Bildungsexpansion die Anzahl von Personen mit höheren Bildungsabschlüssen relativ ansteigt. Wenn jedoch gleichzeitig – um in diesem Beispiel zu bleiben – die Bildungsabschlüsse abgewertet werden, verliert die Variable „Bildungsabschluß“ als Indikator etwa für die Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen oder als Ressource individueller Lebenschancen – und mehr noch als objektives Maß gesellschaftlicher Wohlfahrtsentwicklung – unter Umständen beträchtlich an Aussagegehalt. Da insgesamt jedoch die „Instabilität von Indikatoren (...) dabei sowohl als Meßfehler als auch als inhaltlich interpretierbare Veränderlichkeit gedeutet werden (kann)“ (Schlese/Schramm 1996, S. 197), muß jeder Indikator von Zeit zu Zeit einer systematischen Überprüfung unterzogen werden. Dazu bietet insbesondere ein Paneldesign gute Möglichkeiten (vgl. ebd.). Voraussetzung ist jedoch immer, daß sich die „Instabilität“ der Indikatoren gewissermaßen in Grenzen hält, da eine solche Überprüfung instrumentenimmanent erfolgt und somit Hinweise auf eine gewisse Konsistenz der Indikatoren und ihrer Zusammenhänge liefern kann – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Die inhaltliche Aussagefähigkeit von Sozialberichterstattung einzuschätzen, ist daher keine „bloß“ methodische Frage, sondern setzt vielmehr eine theoretische Verständigung darüber voraus, was mit einem Indikator gemessen werden soll. Dabei macht es einen gewichtigen Unterschied, ob man glaubt, daß sich gesellschaftlicher Wandel innerhalb dieses Indikatorensystems oder „quer“ zu den verwendeten Indikatoren vollzieht. Dies ist eine der Schlüsselstellen in der konträr geführten Diskussion zwischen Wolfgang Zapf und Ulrich Beck, die in beider Eröffnungsreferaten auf dem Frankfurter Soziologentag 1990 zur „Modernisierung moderner Gesellschaften“ zum Ausdruck kommt. Zapf bezeichnet die gesellschaftliche Entwicklung in Vergangenheit und Zukunft als „weitergehende Modernisierung“ innerhalb des bestehenden Systems von Basisinstitutionen, die zwar durchaus von Prozessen der Ausdifferenzierung und in gewissem Umfang auch Pluralisierung sozialer Institutionen und Funktionen betroffen sind, dabei jedoch eine gewisse „basale Stabilität“ aufweisen. In der Folge bescheinigt er der Sozialstrukturforschung auch „in den letzten Jahren enorme methodische und inhaltliche Fortschritte“ (Zapf 1991, S. 26). Beck dagegen vertritt seine These der „reflexiven Modernisierung“ als des bestimmenden Moments der „Modernisierung moderner Gesellschaften“. Hier sind es gerade jene Basisinstitutionen der „einfachen“ Moderne, die zunehmend in Frage gestellt

werden (müssen) bzw. sich gewissermaßen „unter der Hand“ in Auflösung befinden und ausgehöhlt werden. Wie diese Institutionen zunehmend zu „Reitern ohne Pferd“ werden, wächst auch die Kluft zwischen tatsächlicher gesellschaftlicher Entwicklung und wahrgenommener Stabilität, die nach Beck vor allem auch ein Ergebnis fehlender Begriffe und „anthropologisch, moralisch und politisch verriegelte(r) Alternativlosigkeit“ ist:

„Solange dies der Fall ist, läuft auch die empirische Forschung auf ihren eingefahrenen Gleisen leer. Die haufenweise vorhandenen Zweifel, Unübersichtlichkeiten, Abweichungen, der ganze Nebel der Sozialstruktur wird immer wieder massendatenweise und methodenintensiv in die alten Kategorienflaschen abgefüllt. Das aber heißt: Die Kontinuitätsdiagnose ohne theoretische Alternative ist empirisch leer, *nicht falsifizierbar*“ (Beck 1991, S. 42f., Hervorhebung im Original).⁴

Die Integration der bunten Splitter einer teilweise etablierten Sozialberichterstattung ist jedenfalls weder redaktionell durch einfaches Zusammenführen noch empirisch-methodisch durch Standardisierung von Beobachtungsverfahren und Merkmalsätzen mit „Indikatorqualität“ zu lösen. Will man eine integrierte Sozialberichterstattung erneut auf die Tagesordnung setzen, so muß sich die Wissenschaft zunächst mittels neuer Schlüsselkonzepte („sensitizing concepts“, vgl. Kaufmann in diesem Band) über gesellschaftliche Grundannahmen neu verständigen. Die beteiligten wissenschaftlichen Akteure müßten ihren Arbeitsschwerpunkt von „analytischer“ Arbeit an Einzelprojekten zu der „synthetischen“ Anstrengung verlagern, das vorhandene Wissen zu einer Gesamtdiagno-

4 Dederichs und Strasser konstatieren in ihrem Überblick über neuere Veröffentlichungen zur Sozialstrukturanalyse, daß die „Differenzierung der Sozialstruktur (...) nicht zu einer differenzierten Analyse geführt (hat), sondern zu einer *Fraktionierung* der Positionen, die (immer noch) nach Entstrukturierungs- und Strukturierungskonzepten polarisiert sind (und werden)“ (Dederichs, Strasser 1996, S. 453, Hervorhebungen im Original). Dagegen schreiben die Initiatoren der Längsschnittwerkstatt Berlin-Brandenburg (LWBB), eines neuen Forschungsnetzes zur Analyse sozialwissenschaftlicher Längsschnittdaten beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): „Die Initiatorengruppe (...) möchte sich ganz bewußt nicht auf *einen* ‘etablierten’ Theoriestrang oder ein ‘herrschendes’ Paradigma festlegen, welches die künftige Entwicklung westlicher Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften zu analysieren und zu interpretieren beansprucht. Ob im nächsten Jahrhundert das Modell der wirtschaftlichen Erneuerung und ‘weitergehenden Modernisierung’ (eine optimistische Variante von Zukunft) sich als adäquate Beschreibung sozialen Wandels besser eignet als ein Modell der ‘reflexiven Modernisierung’ bzw. ‘Risikogesellschaft’ (eine pessimistische Variante von Zukunft), oder ob sich neue Entwicklungsmodelle auch zur Lösung globaler Probleme von Arbeit und Umwelt entwickeln werden: hierzu will die Gruppe keine ‘abschließende’ Antwort erarbeiten.“ (DIW 1997.)

se oder wenigstens zu Bildern zusammensetzen (vgl. ebd.). Über das Feld der Wissenschaft hinaus weist die Frage, woher künftig ein politischer Auftrag für diese „synthetische Arbeit“ kommen könnte. Entscheidend für den Erfolg einer Sozialberichterstattung, die sich ihrer gesellschaftlichen Voraussetzungen neu versichert, ist jedenfalls, ob sie Berichtsinstrumente findet, die den Wandel auf dem so zentralen wie dynamischen Beobachtungsfeld der Erwerbsarbeit abbilden und erklären können (vgl. hierzu Kratzer u.a. in diesem Band).

2. Von den „sozialen Fragen“ zurück zur „sozialen Frage“?

Wenn die Diagnose zutrifft, daß die geschilderte Zersplitterung der Ansätze von Sozialberichterstattung an einen historisch überholten gesellschaftlichen Erwartungshorizont gebunden war, verlangt ein aktuelles Programm der Sozialberichterstattung zunächst eine gewisse Rücknahme der Spezialisierung.

Als neue Schlüsselbegriffe für die veränderte gesellschaftliche Konstellation, die sich herstellt, bürgern sich derzeit Begriffspaare wie Inklusion und Exklusion, Integration und Desintegration ein. Keine Antwort auf die aktuelle Leitfrage der Soziologie, was die Gesellschaft auseinandertreibt und was sie zusammenhält (Heitmeyer 1997, 1997a), kommt dabei an der so alten wie aktuellen Schlüsselkategorie Arbeit vorbei. Die marktförmige Verteilung von Erwerbsarbeit und die dadurch bedingte Regulierung des Lohnarbeitsverhältnisses bleiben die erste Instanz, vor der sich entscheidet, wer „dazugehört“ und wer „außen vor“ bleibt. Erwerbsarbeit ist nicht die einzige Form gesellschaftlicher Arbeit, sie weist aber in einer Gesellschaft, die für Märkte produziert, der Nichterwerbsarbeit (Hausarbeit und freiwilliger Arbeit) ihren gesellschaftlichen Status zu. Seit die Gesellschaft Arbeitskraft wie eine Ware behandelt, hat ihre marktförmige Organisation stets sowohl integrierende wie desintegrierende Wirkungen gehabt (Polanyi 1990). Derzeit nimmt die Integrationswirkung des Arbeitsmarkts auf lange Sicht ab, die ihm innewohnenden Ausschlussrisiken nehmen langfristig zu. Exklusion und Desintegration sind demnach nicht zuerst an den Rändern der Gesellschaft zu untersuchen, sondern zunächst in ihrem „produktiven Kern“.

Eine Dauerbeobachtung der Gesellschaft, die sich im Übergang zu einer neuen Konstellation befindet, erfordert vor allem, in einer interdisziplinären Anstrengung die Umbrüche in der Erwerbsarbeit, die sinkende Integrationskraft des Arbeitsmarkts und des Betriebs, die anhaltend hohe Erwerbslosigkeit und ihre biographische Verfestigung bei neuen ökonomisch „überzähligen“ Gruppen zuverlässig zu erfassen.

In ihrer Programmatik werteten alle dargestellten Konzepte von Sozialberichterstattung den Arbeitsmarkt stets als zentrales Beobachtungsfeld und Ar-

beit als eine zentrale Kategorie von „Wohlfahrt“ – auch wenn sie diese dann eher stiefmütterlich behandelt haben. Nicht die Zentralstellung von Arbeit ist also eine neue Gegebenheit, sondern vielmehr „das Verschwinden der klaren, eindeutigen und in wenigen Ausprägungen vorhandenen Kategorien“ in diesem Feld (vgl. Bellmann/Dostal in diesem Band). Die Konzepte und Basisdaten, die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) und Arbeitsmarktberichterstattung liefern, lassen sich immer schlechter unhinterfragt zum Verständnis des Arbeitsmarktgeschehens heranziehen.

Unter welchen Bedingungen ein Arbeitsplatz entsteht oder verloren geht, bleibt der herrschenden wirtschaftlichen Lehrmeinung ein weitgehend unerforschtes Mysterium, über das bis heute vor allem Behauptungen im Umlauf sind:

„Nicht selten erweisen sich die in der öffentlichen Diskussion vertretenen Standpunkte zu Wirkungen bestimmter Einflüsse auf Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosigkeit bei genauerer Prüfung als bloße Vermutungen, die beim gegenwärtigen Erkenntnisstand weder bestätigt noch verworfen werden können“ (Kommission für Zukunftsfragen 1997, S. 5, vgl. beispielhaft Jaufmann in diesem Band).

Die VGR erfaßt die Erwerbseinkommen als Faktorentgelte, die der Sektor der privaten Haushalte für das „Angebot“ an Erwerbsarbeit erzielt, das unter bestimmten Preisverhältnissen und einer gegebenen „Nachfrage“ des Unternehmenssektors realisiert wird. Die Arbeitsmarktstatistik zeigt in gewissen Grenzen, aus welchen Arbeitsverhältnissen sich diese Faktorleistung zusammensetzt und welche Arbeitskraftangebote nicht nachgefragt wurden. Unter annähernder Vollbeschäftigung und stetiger Ausweitung des Arbeitsmarkts konnte zeitweilig aus dem Blick geraten, daß dieses simple Input-Output-Modell die komplexen gesellschaftlichen Vorgänge, die im Unternehmenssektor zur „Nachfrage“ nach Arbeitskraft und bei den privaten Haushalten zum „Auftritt“ auf dem Arbeitsmarkt führen, keineswegs erklärt, sondern eher wie einen heißen Brei umkreist. Die gesamtwirtschaftliche „Arbeitsangebotsfunktion“ und „Arbeitsnachfragefunktion“ lassen sich eben nicht einfach mit den mathematisch eleganten Modellannahmen der neoklassischen Arbeitsmarkttheorie ableiten. Wenn Angebot und Nachfrage nicht ausgeglichen sind, ist dies keine vorübergehende Fehlfunktion des Arbeitsmarkts, sondern Ausdruck seiner besonderen Funktionsbedingungen.

Die zunehmenden sozial desintegrierenden Effekte des Arbeitsmarkts zwingen die verschiedenen Ansätze der Sozialberichterstattung zur Neubefassung mit der Frage, wie sich die Entwicklungstendenzen der Arbeit künftig verstehend nachzeichnen lassen. Die gesellschaftliche Organisation von Arbeit kann nicht länger als eine im wesentlichen stabile „Rahmenbedingung“ unterstellt werden, deren Auswirkungen sich dann als bekannte Größen in analytische Ein-

zuarbeiten zu bestimmten Prozessen sozialen Wandels oder in spezialisierte Berichtssysteme zu Lebenschancen und Lebensrisiken bestimmter Gruppen übernehmen lassen. Vielmehr bleibt am Arbeitsmarkt selbst, d.h. im „produktiven Kern“ der Gesellschaft, immer mehr unklar. Die Grenzen zwischen Erwerbsarbeit und Nichterwerbsarbeit, zwischen selbständiger und abhängiger Erwerbsarbeit verschieben sich ebenso wie die bisher gültigen Annahmen darüber, was als „normales“ Arbeitsverhältnis und als „normale“ Erwerbsbiographie zu gelten habe (vgl. Kistler/Sing und Bartelheimer in diesem Band). Die prozeßproduzierten Daten, die im Tagesgeschäft der Arbeitsverwaltung auf einem sozialrechtlich normierten Arbeitsmarkt entstehen, verlieren mit den ihnen zugrunde liegenden Normalitätsannahmen an Aussagekraft, so daß die amtlichen Statistiker selbst über wachsende Datendefizite und Irritationen bei der Erfassung von Erwerbsarbeit und Arbeitslosigkeit klagen (vgl. Bellmann/Dostal in diesem Band).

Die neue gesellschaftliche Konstellation ist mit Schlagworten vom Ende der „Arbeitsgesellschaft“ oder der „arbeitnehmerzentrierten Industriegesellschaft“ (Kommission für Zukunftsfragen 1997a, S. 7) nicht zutreffend beschrieben. Die Formulierung, man habe es mit einer „Relativierung der Erwerbsarbeit bei hoher Erwerbsorientierung“ zu tun (Kommission für Zukunftsfragen, S. 8), weist verschämt auf den grundlegenden Widerspruch einer Lohnarbeitsgesellschaft im Ungleichgewicht hin: Die Orientierung auf gesellschaftlich ausreichend regulierte Erwerbsarbeit bleibt bestimmend und materiell ohne Alternative, während die Chancen auf eine existenzsichernde und subjektiv befriedigende Erwerbsbeteiligung sinken.

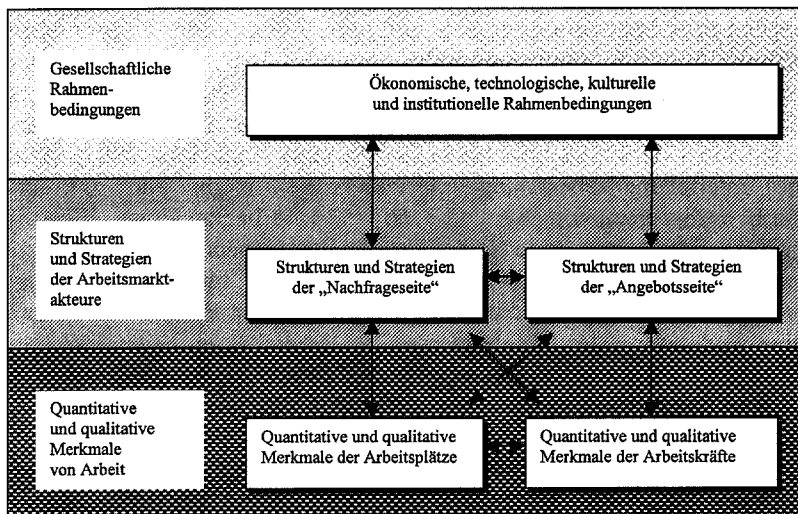
„Just in dem Moment, wo es scheint, als hätten sich die an Arbeit geknüpften Merkmale bei der Einordnung und Klassenbestimmung eines Individuums in der Gesellschaft definitiv zu Lasten anderer Identitätsstützen wie etwa der Familienzugehörigkeit oder der Mitgliedschaft in einer konkreten Gemeinschaft durchgesetzt, wird diese Zentralstellung der Arbeit scharf in Frage gestellt.“ (Castel 1995, S. 385, eigene Übersetzung.)

3. Gesellschaftliche Organisation von Arbeit als integrierende Fragestellung

Der Analyseansatz der „gesellschaftlichen Organisation von Arbeit“, von dem die im Forschungsverbund „Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung“ kooperierenden Institute ausgehen, markiert noch nicht den Ausgangspunkt, von dem aus sich die bunten Splitter der Sozialberichterstattung zur gesellschaftlichen Dauerbeobachtung neu zusammensetzen ließen. Er steht aber für eine – aus der Perspektive der beteiligten Institute durchaus selbstkritische –

Rückbesinnung auf ein zentrales Beobachtungsfeld, auf dem nicht bloß (größere oder geringere) Einkommen entstehen, sondern vor allem neue soziale Gegebenheiten, und das nur irrtümlich zeitweilig als weitgehend erforscht und für gesellschaftliche Berichterstattung aufgeschlossen galt.

Abb 1: *Gesellschaftliche Organisation von Arbeit*



Ein solches Analysekonzept, das demzufolge hier auch erst ansatzweise skizziert werden kann, bezeichnet zunächst vor allem eine Suchrichtung und eine integrierende Fragestellung. „Gesellschaftliche Organisation von Arbeit“ verlangt zum einen die explizite Berücksichtigung von „Rahmenbedingungen“ der Arbeitsmarktstrukturierung, zum anderen die Analyse von Wechselwirkungen.⁵

5 Die folgende Skizze schließt insbesondere an Überlegungen von Sengenberger (1987) und Semlinger (1991) an. Sengenberger zufolge verläuft die Arbeitsmarktstrukturierung entlang einer Veränderung der drei „Parameter“: „Struktur der Arbeitsplätze“, „Struktur der Arbeitskräfte“ und der „Kriterien der Allokation von Arbeitskräften auf Arbeitsplätze“ (Sengenberger 1987, S. 45). Dieses Modell ist hier um eine analytische Unterscheidung der „Strukturen von Arbeitsplätzen und Arbeitskräften“ und der „Strukturen und Strategien der Arbeitsmarktakteure“ erweitert. In Semlingers Versuch einer analytischen Einbettung von „Flexibilitätsanforderungen und Handlungsoptionen im Beschäftigungssystem“ stehen die Unternehmen als Orte der „Umsetzung“ im Zentrum: Er unterscheidet zunächst die Felder Technik, Absatzmarkt und Rechtssystem, die als Flexibilitätsanforderungen, -potentiale und -restriktionen auf die Unternehmen einwirken und hier in arbeitspolitische Strategien umgesetzt werden. Diese wirken über die strategischen Optionen der betrieblichen Gestaltung von „Arbeitsverträgen“, der „Arbeitsorganisation“ und der „überbetrieblichen Arbeitsteilung“ auf die Struktur des Arbeits-

Mit „*Rahmenbedingungen*“ sind vor allem jene ökonomischen, technologischen, kulturellen und institutionellen Faktoren angesprochen, die unmittelbar oder mittelbar Arbeitsmarktstrukturierung und Verhalten der Arbeitsmarktteure beeinflussen:

Als *ökonomische Rahmenbedingungen* lassen sich etwa die Veränderungen auf den nationalen oder internationalen Beschaffungs-, Absatz- oder Kapitalmärkten bezeichnen, die auf unternehmerische Strategien bzw. die Arbeitsplatzstrukturen einwirken. Die diesbezügliche Diskussion der letzten Jahre ist vor allem durch eine Reihe von Schlagworten geprägt, die – auch jenseits der faktischen Gegebenheit der damit umschriebenen Prozesse – unübersehbar großen Einfluß auf unternehmerisches Handeln, staatliche Politik, aber auch das Verhalten von Erwerbspersonen hatten und auch weiterhin haben: Etwa „Globalisierung“ als Ausdruck wachsender internationaler Interdependenz und Konkurrenz, sowie „Internationalisierung“ als Prozeß zunehmend internationaler Verschränkung von Wertschöpfungsketten (Verlagerung von Produktionsstätten, „global sourcing“ u.ä.). Oder „Käufermärkte“ als Bezeichnung für eine weitgehend gesättigte Nachfrage nach Massenkonsumgütern, die über immer kürzere Produktlebenszyklen, neue Produktdiversifikationen und eine Beschleunigung der Innovationsdynamik weitreichende Konsequenzen für die Organisation der Fertigung zur Folge hat. Schließlich auch „Tertiarisierung“, ein Begriff, mit dem in der Marktperspektive eine wachsende Nachfrage nach Dienstleistungen zum Ausdruck kommt. Diese Schlagworte bezeichnen vor allem Veränderungen in den jeweiligen „externen Umwelten“ von Unternehmen (und – eher mittelbar – auch Arbeitskräften), die Ausgangs- oder Bezugspunkt unternehmerischer Strategien und Arbeitspolitiken sind, zugleich aber auch auf eine Veränderung der Rahmenbedingungen selbst zurückwirken.

Technologische Rahmenbedingungen, vor allem die Strategien und Optionen der Technikentwicklung, Technikeinführung und Techniknutzung, spielen ebenfalls eine wesentliche Rolle vor allem für betriebliche Arbeitspolitiken (vgl. Semlinger 1991, S. 9). Die Arbeitsmarktwirkungen von Technologien werden breit und teilweise kontrovers diskutiert (vgl. dazu Schettkatt/Wagner 1989, S. 1ff. oder auch die Beiträge in Lehner u.a. 1998): Hierher gehört die Auseinandersetzung um technische Innovationen als „Jobkiller“ ebenso wie die industriesoziologische Diskussion über die Folgen technisch unterstützter Prozeßinnovation für Personaleinsatz und Arbeitsbedingungen (vgl. Schumann u.a. 1994, insbesondere S. 21ff. und 643ff., vgl. auch Sauer/Döhl 1996, S. 19ff.),

marktes, der seinerseits wiederum als „Rahmenbedingung“ auf die Unternehmen zurückwirkt (Semlinger 1991, S. 7ff.).

oder auch über die Rationalisierungspotentiale im Dienstleistungssektor (vgl. dazu Thome 1997; D'Alessio/Oberbeck 1998). Quantitative und qualitative Merkmale der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen werden unmittelbar oder mittelbar durch „Technik“ beeinflusst, wobei deren jeweilige Entwicklung, Einführung und Nutzung ihrerseits das Ergebnis eines komplexen Bündels von Einflußfaktoren ist. Unter anderem haben etwa die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsstrukturen oder auch vorhandene Qualifikationspotentiale unmittelbar Einfluß auf die technologischen Rahmenbedingungen.

Kulturelle Rahmenbedingungen wirken auf das Verhalten aller Arbeitsmarktakteure ein. So sind etwa „Unternehmenskulturen“ und gesamtwirtschaftliche „Leitbilder“ in letzter Zeit verstärkt Gegenstand der Diskussion. Dabei geht es nicht nur um die „Motivation“ von Mitarbeitern oder um ihre Identifikation mit dem Unternehmen bzw. dessen Zielen, sondern auch – in einer generelleren Perspektive – um jene „weichen“ Faktoren, die einer erfolgreichen Anpassung von Unternehmen oder Arbeitskräften im Wege stehen oder förderlich sein sollen. Auch die „neue Wertschätzung“ solcher Faktoren ist Ausdruck von Prozessen am Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft, etwa von Entwicklungshemmnissen bei der Einführung „neuer Produktionsmodelle“, neuer Modelle der Arbeitsorganisation oder neuer Produktivitäts- und Rationalisierungspotentiale (vgl. Voß/Pongratz 1998, sowie Kratzer u.a. in diesem Band).⁶ Auf der anderen Seite werden veränderte Einstellungen und Werthaltungen gegenüber der Erwerbsarbeit konstatiert. Vor dem Hintergrund der „Postmaterialismus“-These wird seit längerem über einen Wandel der mit der Erwerbsarbeit verbundenen Zielsetzungen und Motive diskutiert. Auch daß Frauen immer stärker eine gleichberechtigte und ihrer jeweiligen Lebenslage entsprechende Beteiligung am Erwerbsleben einfordern, ist mit Elementen des kulturellen Wandels verbunden. Wie solche „kulturellen“ Faktoren auf die Ausgestaltung der Arbeitssituation in den Unternehmen oder auf die individuelle bzw. gruppenspezifische Teilhabe im Beschäftigungssystem wirken, welcher Stellenwert ihnen innerhalb einer von an-

6 Häufig wird dabei auf einen festgestellten oder in der Regel nur behaupteten „cultural lag“ (Ogburn) zwischen jahrzehntelang (unter gänzlich anderen Bedingungen) erworbener bzw. sozialisierter Erwerbsorientierung und notwendiger „Anpassung“ verwiesen. Die bayerisch-sächsische Zukunftskommission macht das angebliche Auseinanderdriften von materieller und immaterieller Kultur sogar zum – weder hinterfragten noch irgendwie empirisch belegten – Ausgangspunkt ihrer Reformvorschläge. Deren Vorsitzender, Meinhard Miegel, beschreibt die Erwerbsbevölkerung der „frühindustrialisierten Länder“ als „erfolgsverwöhnt, anspruchsvoll und wählerisch“ (Miegel 1998, S. 30). Ihre Haltung sei ihnen zwar „nicht vorzuwerfen“, da sie eben unter anderen Bedingungen erworben worden sei. Doch angesichts des grundlegenden Wandels dieser Bedingungen sei die Bevölkerung jetzt „zu Veränderungen ihrer Sicht- und Verhaltensweisen sowie ihrer Leitbilder gezwungen“ (ebd.).

haltender Massenarbeitslosigkeit geprägten Arbeitsmarktsituation zukommt und welche Beziehung zwischen Einstellungen oder Werthaltungen der Arbeitskräfte und unternehmerischen sowie politischen Strategien besteht, ist eine weitgehend offene Fragestellung.

Die Berücksichtigung *institutioneller Rahmenbedingungen* verweist darauf, daß der Arbeitsmarkt kein unpolitisches selbstregulierendes System sein kann, sondern als regulierter Markt durch gesellschaftliche und staatliche Institutionen gestützt wird. Daß Arbeit überhaupt als Ware behandelt werden kann, verlangt besondere Rechtsverhältnisse und Systeme sozialer Sicherung (Polanyi 1990 [1944]). Jeder grundlegende Wandel in den vorherrschenden Mustern von Erwerbsarbeit schafft neue soziale Risikolagen und erzeugt damit Veränderungsbedarf im Bereich des Rechts und des Sozialstaats.

Die jeweilige, zu einem Zeitpunkt feststellbare Arbeitsmarktstruktur kann als Ergebnis spezifischer *Wechselwirkungen* zwischen und innerhalb der verschiedenen Ebenen der „Gesellschaftlichen Organisation von Arbeit“ verstanden werden. Zunächst lassen sich dabei die zwei Seiten – Nachfrage- und Angebotsseite – und deren jeweilige Wechselwirkungen mit den geschilderten „Rahmenbedingungen“ unterscheiden. Auf der Nachfrage- wie auf der Angebotsseite muß jedoch weiter zwischen „Strukturen und Strategien der Arbeitsmarktakteure“ und „Strukturen von Arbeitsplätzen und Arbeitskräften“ differenziert werden (vgl. Abbildung). Diese Differenzierung in zwei Ebenen folgt der Überlegung, daß die Merkmale von Arbeitsplätzen und Arbeitskräften zwar Bestandteil der jeweiligen Strukturen der Arbeitsmarktakteure sind, diese jedoch weder vollständig beschreiben können noch ohne die Einbeziehung der jeweils anderen Ebene erklärbar sind.

Auf der „Nachfrageseite“ gilt es zunächst zu dokumentieren und zu analysieren, wie sich quantitative und qualitative Merkmale der Arbeitsplätze verändern. Neue oder veränderte Tätigkeitsfelder in Produktion und Dienstleistungen, neuartige Anforderungen an Qualifikation, Mobilität, Flexibilität, veränderte Tätigkeitsmerkmale, Arbeitsbedingungen und Gestaltungen des Beschäftigungsverhältnisses bewirken in der Summe einen Wandel der betrieblichen, regionalen und sektoralen Arbeitsmarktnachfrage. Allein die Schlagworte „Tertiärisierung“ und „Dienstleistungsarbeit“ stehen für eine noch weitgehend unberiffene Fülle von heterogenen Funktionen und Tätigkeiten in unterschiedlichen Organisationsformen und Akteurskonstellationen (vgl. Kratzer u.a., Glott und Jaufmann in diesem Band).

Zu verstehen und zu erklären sind diese Veränderungen nicht ohne Beobachtung und Analyse unternehmerischer Strategien. Die Organisation der Warenproduktion und Dienstleistungserbringung ist ein höchst dynamischer Untersu-

chungsgegenstand. Verbreitung und Einsatz neuer Informations-, Kommunikations- und Produktionstechnologien, die Neuordnung von Produktions- und Dienstleistungsbereichen, die „Globalisierung“ von Absatz-, Beschaffungs- und Kapitalmärkten, die „Internationalisierung“ der Produktion, Tendenzen der „Vernetzung“ und „Virtualisierung“ von Unternehmen, die Ausgestaltung und Verbreitung „neuer Produktionsmodelle“ gehen mit neuen Formen der Arbeitsorganisation und des Personaleinsatzes („interner“ und „externer“ Flexibilisierung) einher. Alle diese Veränderungen wirken strukturierend auf die Arbeitskräftenachfrage.

Eine analytische Unterscheidung dieser zwei Ebenen und die Einbeziehung der gegebenen Wechselwirkungen ist jedoch auch für die „Angebotsseite“ angebracht: Die Gesamtheit der Arbeitskräfte umfaßt jeweils nur einen Teil des tatsächlich vorhandenen Erwerbspersonenpotentials als Summe aller erwerbsfähigen und erwerbsbereiten Personen (vgl. Kistler/Sing in diesem Band). Die „Ersetzung von Norm- durch Nicht-Normarbeitsverhältnisse“, die Zunahme „atypischer“ und „prekärer“ Beschäftigungsverhältnisse (Bollinger u.a. 1991, Matthies u.a. 1994) sowie die Arbeit im „Dritten Sektor“ jenseits des marktwirtschaftlichen und staatlichen Sektors (Rifkin 1995) bewirken, daß sich Erwerbsarbeit nach einer jahrhundertelangen Angleichung an eine Norm regulierter Lohnarbeit wieder zunehmend ausdifferenziert. Diese quantitative und qualitative Neuverteilung von Erwerbsarbeit läßt die Grenzen zur Nichterwerbsarbeit nicht unberührt. Es entstehen „Grauzonen“ mit fließenden Übergängen sowie neue oder veränderte Kombinationen von Erwerbsarbeit und Nichterwerbsarbeit (Arbeitslosigkeit, „Schattenarbeit“, „informelle Arbeit“, „private“ Reproduktionsarbeit).

Wie sich das realisierte „Angebot“ an Erwerbsarbeit zusammensetzt, spiegelt demnach nicht einfach wider, was von den Unternehmen an Arbeitsformen nachgefragt wird. Zwar herrscht am Arbeitsmarkt ein anhaltendes Mißverhältnis zwischen Arbeitsnachfrage und Arbeitsangebot, und die von anhaltender Massenerwerbslosigkeit bestimmten Kräfteverhältnisse ziehen den subjektiven Strategien der Erwerbspersonen am Arbeitsmarkt Grenzen. Dennoch ist der quantitative und qualitative Wandel von Arbeit nicht ohne solche Strategien zu erklären, die sowohl Reaktionen auf das Angebotsverhalten der Unternehmen als auch Folge veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen sind. Veränderungen im Geschlechterverhältnis erhöhen den Anteil der Frauen am Erwerbspersonenpotential. Muster des Übergangs von Schule in Ausbildung und Beruf verändern sich, und zwar gruppenspezifisch, z.B. für deutsche und nichtdeutsche Jugendliche, junge Männer und Mädchen höchst unterschiedlich. Wandlungstendenzen in Haushalts- und Familienstrukturen, veränderte subjektive Erwartungen an Erwerbsverläufe, Tendenzen zur Vermarktlichung und Professio-

nalisierung von Hausarbeit sind weitere Beispiele dafür, wie komplexe gesellschaftliche Prozesse Strategien des Arbeitskraftangebots bestimmen.

An einem weiteren Beispiel läßt sich verdeutlichen, wie Einflußfaktoren auf verschiedenen Ebenen in Wechselwirkung treten: Angesichts des zu erwartenden demographischen Wandels der Bevölkerung war in letzter Zeit die drohende „Überalterung“ von Betriebsbelegschaften bzw. eine mögliche Verknappung des Erwerbspersonenpotentials viel diskutierter Gegenstand (z.B. Deutscher Bundestag 1994). Auch jenseits aller Unsicherheit darüber, welche spezifischen Eigenschaften sich mit dem Merkmal „Alter einer Arbeitskraft“ verbinden, stellt sich bei einer differenzierteren Betrachtung heraus, daß die durchschnittliche Alterung der Gesamtbevölkerung keine bruchlose Entsprechung in einer Alterung von Belegschaften oder der Gesamtheit der Erwerbspersonen findet. Diese wird wesentlich mitbestimmt durch Erwerbswünsche und Erwerbsnotwendigkeiten auf der Angebotsseite, durch die Organisations- und Personalstrategien auf der Nachfrageseite und durch „externe“ Faktoren wie etwa die Arbeitsmarktlage (z.B. das verfügbare Potential an adäquat qualifizierten oder jüngeren Erwerbspersonen) oder rechtliche Regelungen (z.B. die Frühverrentungsregelungen oder generell die Festlegung der Rentenzugangsgrenzen und -berechtigungen, vgl. dazu die Beiträge in INIFES u.a. 1997 oder auch Döhl u.a. 1998).

Sowohl die genannten „Rahmenbedingungen“ als auch die Strukturen und Strategien von Nachfrage- und Angebotsseite müssen überdies in einer regional differenzierten Perspektive erfaßt werden. So gibt es eine Vielzahl spezifischer institutioneller (z.B. sozial- und arbeitsmarktpolitischer) Regelungen auf regionaler oder kommunaler Ebene. Die soziale und demographische Entwicklung bzw. Struktur des Arbeitsangebots und ebenso die Arbeitsplatzstrukturen differieren erheblich zwischen den einzelnen Regionen. Zugleich werden im Zuge von Globalisierungsprozessen strukturelle Unterschiede zwischen kleineren räumlichen Einheiten unter Umständen weiter vertieft. Insgesamt kommt dem unmittelbaren sozialräumlichen Kontext für Unternehmen, Arbeitskräfte und Politik im Rahmen arbeitsbezogener Berichtssysteme bislang eine deutlich untergeordnete Rolle zu, die deren – vermutlich eher noch wachsender – Bedeutung nicht gerecht wird (vgl. Bartelheimer in diesem Band).

Die Stärke sozialwissenschaftlicher Institute, die zugleich über arbeits- und industriesoziologische als auch über sozialpolitische Forschungserfahrung verfügen, besteht darin, daß sie sowohl zur Analyse der veränderten Arbeitsnachfrage als auch des veränderten Arbeitskraftangebots beitragen können. Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung mußte, um ihrem Gegenstand gerecht zu werden, stets zu beiden Seiten des Arbeitsmarkts analytisch arbeiten (vgl. Oberbeck in diesem Band). Unter der integrierenden Fragestellung nach der „gesellschaftlichen Organisation von Arbeit“ kann sie einen Beitrag zur Dauerbeobachtung der Umbrüche in der Erwerbsarbeit und damit zur Auflö-

sung der wachsenden weißen Flecken im Programm der Sozialberichterstattung leisten.

Literatur

- Bartelheimer, P. (1997): Risiken für die soziale Stadt, Erster Frankfurter Sozialbericht. Frankfurt/M.
- Bartelheimer, P. (unter Mitarbeit von Scheller, J.) (1998): Lokale Agenda 21 Gießen. Vor dem ersten Schritt – ein Situationsbericht. Gießen
- Beck, U. (1991): Der Konflikt der zwei Modernen. In: Zapf, W. (Hg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften, Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990. Frankfurt/M., New York, S. 40ff.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (Hg.) (o.J.): Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Agenda 21, Bonn BMU
- Busch, B.; Schröder, Ch.; Seffen, A.; Weiß, R. (1998): Verdienst, Vermögen, Verteilung. Reichtumsbericht Deutschland. Köln
- Bollinger, D.; Cornetz, W.; Pfau-Effinger, B. (1991): „Atypische“ Beschäftigung – Betriebliche Kalküle und Arbeitnehmerinteressen. In: Semlinger, K.: Flexibilisierung des Arbeitsmarktes; Interessen, Wirkungen, Perspektiven. Frankfurt/M., New York
- Brückner, G. (1997): Gesundheitsberichterstattung des Bundes. In: Noll, H. H. (Hg.) (1997): Sozialberichterstattung in Deutschland, S. 47ff.
- Buhr, P. (1995): Dynamik von Armut, Dauer und biographische Bedeutung von Sozialhilfebezug. Opladen
- Deutscher Caritasverband (e.V.); Diakonisches Werk (1997): Menschen im Schatten, Erfahrungen von Caritas und Diakonie in den neuen Bundesländern, Ergebnisse der Lebenslagenuntersuchung der Rat- und Hilfesuchenden in den offenen Diensten von Caritas und Diakonie in den neuen Bundesländern. Freiburg, Stuttgart
- Castel, R. (1995): Les métamorphoses de la question sociale. Une chronique du salariat. Paris
- D'Alessio, N.; Oberbeck, H. (1998): Vor dem Aufbruch in eine neue Dienstleistungswelt? In: ISF, INIFES, IfS, SOFI (Hg.): Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung 1997 – Schwerpunkt: Moderne Dienstleistungswelten. Berlin, S. 13-61
- Dederichs, A.; Strasser, H. (1996): Sozialstruktur(analyse) in den 90ern – Differenz und Differenzierung. In: Soziologische Revue, Heft 4, S. 451-456
- Diefenbacher, H.; Karcher, H.; Stahmer, C.; Teichert, V. (1997): Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im regionalen Bereich. Ein System von ökologischen, ökonomischen und sozialen Indikatoren. Heidelberg
- Deutscher Bundestag (1994): Zwischenbericht der Enquête-Kommission Demographischer Wandel, Herausforderung unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik. Bonn

- Deutscher Bundestag (1994a): Fünfter Familienbericht der Bundesregierung. Bonn
- Deutscher Bundestag (1994b): Neunter Jugendbericht: Die Situation der Kinder und Jugendlichen und die Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe in den neuen Bundesländern. Bonn
- Deutscher Bundestag (1995): Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Konrad Gilges, Gerd Andres, Ernst Bahr, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 13/1527 – Armut in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn
- Deutscher Bundestag (1998): Sozialbericht der Bundesregierung. Bonn
- Deutscher Bundestag (1998a): Wohngeld- und Mietenbericht der Bundesregierung. Bonn
- Deutsches Institut für Urbanistik (DIFU); Schuleri-Hartje, U.-K.; Potthast, J. (1995): Neue Armut – Handlungsansätze der Kommunen. Berlin
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (1979): „Längsschnittwerkstatt Berlin-Brandenburg (LWBB)“. Antrag an das BMBF. Berlin
- Döhl, V.; Kratzer, N.; Bernien, M.; Schaefer, R.; Wahse, J. (1998): Die künftige Bedeutung des Dienstleistungssektors hinsichtlich der Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmer unter besonderer Berücksichtigung von Arbeitsbedingungen und -anforderungen. Expertise für die Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“. München
- Eißel, D. (1996): Der private Reichtum und der Staat. Vortrag auf der Fachtagung der SPD-Bundestagsfraktion „Reichtum in Deutschland“ am 10. Juni 1996. Bonn
- Emmerling, D.; Riede, T. (1997): 40 Jahre Mikrozensus. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 3, S. 160ff.
- Europäische Kommission (1993): Weißbuch „Wachstum, Wirtschaft, Wettbewerbsfähigkeit“. Beschäftigungsherausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert. Brüssel
- Europäische Kommission (1998): Fifth RTD Framework Programm, 1998-2002, (Draft)
- Europäische Kommission (1998): Sozioökonomische Schwerpunktforschung (TSER), Arbeitsprogramm, Ausgabe 1997 (1998)
- EUROSTAT (1998): Living Conditions in Europe – Selected Social Indicators, Luxembourg
- Friedrichs, J. (1980): Methoden empirischer Sozialforschung. Opladen
- Hahlen, J. (1998): Amtliche Statistik zwischen „schlankem Staat“ und „Informationsgesellschaft“. In: Wirtschaft und Statistik 2, S. 97ff.
- Hanefeld, U. (1987): Das Sozio-ökonomische Panel. Grundlagen und Konzeption, Frankfurt/M., New York
- Hanesch, W. (Hg.) (1997): Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit. Opladen
- Hanesch, W.; Adamy, W.; Martens, R.; Rentzsch, D.; Schneider, U.; Schubert, U.; Wißkirchen, M.; Bordt, E.-M.; Hagelskamp, J.; Niemann, T.; Krause P. (1994): Armut in Deutschland (herausgegeben vom Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband-Gesamtverband – in Zusammenarbeit mit der Hans-Böckler-Stiftung). Reinbek
- Hauser, R. (1998): Thesen zum Vortrag „Armutsbereichterstattung – Pro und Kontra“. Tutzing, Februar 1998

- Hauser, R.; Neumann, U. (1992): Armut in der Bundesrepublik Deutschland. Die sozialwissenschaftliche Thematisierung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Leibfried, St.; Voges, W. (Hg.): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat, S. 237ff.
- Hauser, R.; Hübinger, W. (Hg.) (1993): Arme unter uns, Teil 1: Ergebnisse und Konsequenzen der Caritas-Armutuntersuchung (herausgegeben vom Deutschen Caritas-Verband), Freiburg
- Hauser, R.; Hübinger, W. (1993a): Arme unter uns, Teil 2: Dokumentation der Erhebungsmethoden und der Instrumente der Caritas-Armutuntersuchung (herausgegeben vom Deutschen Caritas-Verband). Freiburg
- Hauser, R.; Hübinger, W. (Hg.) (1995): Die Caritas-Armutuntersuchung, Eine Bilanz (herausgegeben vom Deutschen Caritas-Verband). Freiburg
- Heitmeyer, W. (Hg.) (1997): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Band 1. Frankfurt/M.
- Heitmeyer, W. (Hg.) (1997a): Was hält die Gesellschaft zusammen? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Band 2. Frankfurt/M.
- Hobsbawm, E. (1995): The Age of Extremes. New York
- Huster, E.-U. (Hg.) (1993): Reichtum in Deutschland: der diskrete Charme der sozialen Distanz. Frankfurt/M., New York
- Huster, E.-U. (1996): Reichtum in Deutschland. Vortrag auf der Fachtagung der SPD-Bundestagsfraktion „Reichtum in Deutschland“ am 10. Juni 1996. Bonn (Manuskript)
- INIFES, ISF, SÖSTRA (1997): Arbeits- und Innovationspotentiale im Wandel. Thesen und Befunde zur Arbeit in einer alternden Gesellschaft. Stadtbergen, München, Berlin
- Infratest Burke Sozialforschung (Kortmann, K.; Kneißl, G.) (1997): Alterssicherung in Deutschland 1995 (ASID '95). Schnellbericht, München
- International Council for Local Environmental Initiatives (ICLEI) (1996): Demonstrationsvorhaben Kommunale Naturhaushaltswirtschaft. Das Steuerungsinstrument für die zukunftsbeständige Entwicklung der Städte. Freiburg
- Klatt, W. D. (1997): Kommunale und nationale Armut- und Sozialberichterstattung im sozialpolitischen Paradigmenwechsel. In: Hanesch, W. (Hg.): Überlebt die soziale Stadt? S. 153ff.
- Kommission für Zukunftsfragen der Staaten Bayern und Sachsen (1996): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen, Maßnahmen, Teil I: Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland und anderen frühindustrialisierten Ländern. Bonn
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1997): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen, Maßnahmen, Teil II: Ursachen steigender Arbeitslosigkeit in Deutschland und anderen frühindustrialisierten Ländern. Bonn
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1997a): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland, Entwicklung, Ursachen, Maßnahmen, Teil III: Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage. Bonn
- Kronauer, M. (1997): „Soziale Ausgrenzung“ und „Underclass“: Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung. In: Leviathan 1, S. 28ff.

- Lehner, F.; Baethge, M.; Kühl, J.; Stille, F. (Hg.) (1998): Beschäftigung durch Innovation. Eine Literaturstudie. München und Mering
- Leibfried, St.; Tennstedt, F. (1985): Armenpolitik und Arbeiterpolitik. Zur Entwicklung und Krise der traditionellen Sozialpolitik der Verteilungsformen. In: dieselben (Hg.): Die Spaltung des Sozialstaats. Frankfurt/M., S. 64ff.
- Leibfried, St.; Voges, W. (Hg.) (1992): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 32, Opladen
- Leibfried, St.; Leisering, L.; Buhr, P.; Ludwig, M.; Mädje, E.; Olk, T.; Voges, W.; Zwick, M. (1995): Zeit der Armut, Lebensläufe im Sozialstaat. Frankfurt/M.
- Marshall, T. H. (1992): Bürgerrechte und soziale Klassen, Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaats. Frankfurt/M., New York.
- Matthies, H.; Mückenberger, U.; Offe, C.; Peter, E.; Raasch, S. (1994): Arbeit 2000. Anforderungen an eine Neugestaltung der Arbeitswelt. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung, Reinbek
- Miegel, M. (1989): Der Mensch als Unternehmer. In: Wirtschaft & Wissenschaft, Heft 1, S. 24ff.
- Müller, K. (1991): Nachholende Modernisierung? In: Leviathan, 2, S. 261ff.
- Müller-Christ, G. (1997): Lachse als Meßinstrument. Bildlich-subjektive Indikatoren machen nachhaltige Entwicklung erfahrbar. In: Politische Ökologie 52, Juli/August, S. 58ff.
- Noll, H.-H. (1982): Beschäftigungschancen und Arbeitsbedingungen. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik 1950-1980. Frankfurt/M., New York.
- Noll, H.-H. (1997): Sozialberichterstattung: Zielsetzungen, Funktionen und Formen. In: ders. (Hg.): Sozialberichterstattung in Deutschland. Weinheim, München
- Noll, H.-H.; Habich, R. (1997): Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden im vereinten Deutschland: Konzepte und Daten der Sozialberichterstattung. In: Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 1997. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn
- Parsons, T. (1967): Das System moderner Gesellschaften. München
- Polanyi, K. (1990): The Great Transformation; Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt/M. [1944]
- Rennings, K. (1994): Indikatoren für eine dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung. Stuttgart
- Rifkin, J. (1995): Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Frankfurt/M., New York
- Sauer, D.; Döhl, V. (1997): Die Auflösung des Unternehmens? – Entwicklungstendenzen der Unternehmensreorganisation in den 90er Jahren. In: ISF, INIFES, SOFI (Hg.): Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung 1996 – Schwerpunkt: Reorganisation. Berlin, S. 19ff.
- Schettkatt, R.; Wagner, M. (1989): Beschäftigungswirkungen moderner Technologien. Vielfältige Befunde und Ansätze zu einer analytischen Integration. In: Dieselben (Hg.): Technologischer Wandel und Beschäftigung. Berlin, New York, S. 1ff.
- Schlese, M.; Schramm, F. (1996): Zum Potential von Längsschnittstudien für eine Sozio-Ökonomie der Arbeit. In: Zapf, W.; Schupp, J.; Habich, R. (Hg.) (1996a): Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt. Frankfurt/M., New York, S. 193ff.
- Schnell, R.; Hill, P.; Esser, E. (1989): Methoden der empirischen Sozialforschung, München, Wien

- Schumann, M.; Baethge-Kinsky, V.; Kuhlmann, M.; Kurz, C.; Neumann, U. (1994): Trendreport Rationalisierung. Berlin
- Schupp, J.; Habich, R.; Zapf, W. (1996): Sozialberichterstattung im Längsschnitt – Auf dem Weg zu einer dynamischen Sicht der Wohlfortsproduktion. In: Zapf u.a. (1996a), S. 11ff.
- Semlinger, K. (1991): Überblick: Flexibilität und Stabilität im Beschäftigungssystem. In: derselbe (Hg.): Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Interessen, Wirkungen, Perspektiven. Frankfurt/M., New York, S. 5ff.
- Sengenberger, W. (1987): Struktur und Funktionsweise von Arbeitsmärkten. Die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich. Frankfurt/M., New York
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (1997): Datenreport 1997. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn
- Thome, R. (1997): Arbeit ohne Zukunft? München
- United Nations (UN) (1995): Copenhagen Declaration on Social Development and Programme of Action of the World Summit for Social Development. New York
- United Nations Development Program (UNDP) (1998): Analytical Tools for Human Development (o.O.)
- United Nations Research Institute on Social Development (UNRISD) (1998): A Short History of UNRISD (o.O.)
- Verein für Sozialplanung (VSOP) (1994): Standards der Armutsberichterstattung (Fachpolitische Stellungnahme). In: Derselbe: Armutsberichterstattung in der Krise. Speyer
- Verein für Sozialplanung (VSOP) (1996): Leistungsbilanz der Sozialplanung, Fachtagung des VSOP und der Stadt Speyer (1.-2. Dezember 1995). Speyer
- Verein für Sozialplanung (VSOP), PROSOZ Institut Herten (1998): Kostenexplosion in der Hilfe zum Lebensunterhalt. Politische und administrative Lösungswege. Speyer
- Voß, G.; Pongratz, H. (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 1, S. 31ff.
- Zapf, W. (1974): Soziale Indikatoren – Ein Überblick. In: Derselbe (Hg.) Soziale Indikatoren. Konzepte und Forschungsansätze I. Frankfurt/M., New York, S. 3ff.
- Zapf, W. (1976): Sozialberichterstattung: Möglichkeiten und Probleme. Göttingen
- Zapf, W. (1977): Einleitung in das SPES-Indikatorensystem. In: Derselbe (Hg.): Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Sozialer Wandel und Wohlfortsentwicklung. Frankfurt/M.
- Zapf, W. (1991): Modernisierung und Modernisierungstheorien. In: Derselbe (Hg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften, Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990. Frankfurt/M., New York
- Zapf, W.; Habich, R. (Hg.) (1996): Wohlfortsentwicklung im vereinten Deutschland. Berlin
- Zapf, W.; Schupp, J.; Habich, R. (Hg.) (1996a): Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt. Frankfurt/M., New York